



Etwa 30 Herforderinnen und Herforder beteiligten sich an der Mahn- und Gedenkveranstaltung für die Opfer von Patientenmord und Zwangssterilisation in der NS-Zeit.

Aufgerufen dazu hatten das »Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken« und der Verein Hilfe für verletzte Seelen.

# Nazi-Arzt soll posthum Beamtenstatus verlieren

## Kähler zum Fall Siebert: »Solche Taten dürfen nicht vergessen werden«

Von Ralf Meistes

Herford (HK). Das Bundesverdienstkreuz konnte dem früheren Leiter des Gesundheitsamtes, Dr. Heinrich Siebert (1893 bis 1967), nicht aberkannt werden. Vielleicht kann man den überzeugten Nationalsozialisten aber posthum unehrenhaft aus dem Beamtenstatus entlassen. »Wir wollen nicht aufgeben«, sagte Dr. Wolf Müller vom »Kuratorium Erinnern Forschen Gedenken«.

Etwa 30 Bürger nahmen am Dienstagabend an der Mahn- und Gedenkveranstaltung für die Opfer von Patientenmord und Zwangssterilisation in der NS-Zeit am Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Deichtorwall teil.

Dr. Siebert wurde trotz seiner Verstrickungen in die nationalsozialistische Rassenpolitik im Jahr 1961 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Laut den Unterlagen des »Kuratoriums Erinnern Forschen Gedenken« war Siebert von 1935 bis 1945 zunächst als Stellvertreter und später als Leiter des Gesundheitsamtes für mindestens 188

Zwangssterilisationen verantwortlich. Bis zu 400.000 Menschen waren während der NS-Zeit von der erzwungenen Sterilisation betroffen. Gedacht wurde am Dienstag zugleich an die systematische Ermordung von Patienten unter dem Vorwand der Rassenhygiene in der NS-Zeit.

»Noch heute ist es eine Schande, was diese Ärzte angerichtet haben. Noch schändlicher ist es aber, dass – nicht als einziger – der Herforder Stadtarzt Dr. Heinrich Siebert bruchlos weiter als Leiter des städtischen Gesundheitsamtes tätig sein konnte«, sagte Bürgermeister Tim Kähler in seiner Gedenksprache. Siebert sei es gelungen, nach Ende des Krieges in seinem Entnazifizierungsverfahren als Mitläufer eingestuft zu werden. »Zumindest hatte er damals eindeutig seine politische Tätigkeit als Vorsitzender des »NS-Amtes für Volksgesundheit« und seine nicht nur als ärztlich zu beurteilende Tätigkeit als Sterilisationsrichter beim Erbgesundheitsgericht Bielefeld verschwiegen«, betonte Kähler.

Nach dem Tod Sieberts im Jahr 1967 sei er in Nachrufen als »Herfords Onkel Doktor« verharmlost worden. Bürgermeister Kähler erklärte: »Wenn alle diejenigen, die von ihm in den Nachkriegsjahren



Amtsarzt Dr. Heinrich Siebert (1893-1967)

im Gesundheitsamt zum Beispiel geimpft wurden, gewusst hätten, dass aufgrund seiner Tätigkeit wenige Jahre zuvor noch Kranke und Kinder »abgespritzt« oder mit Gas getötet worden waren, wäre es sicher nicht zu diesem Bild gekommen.«

Mit dem Versuch, Dr. Heinrich Siebert das Bundesverdienstkreuz posthum abzuerkennen, war das Kuratorium gescheitert, weil dies rechtlich nicht möglich ist. Die Rechte, die sich aus der Auszeichnung ergeben, erlöschen mit dem Tod. Deshalb ist eine Ordensentziehung laut Bundespräsidialamt nur zu Lebzeiten des Ordensträgers möglich.

Beim Sommerfest des Bundespräsidenten, zu dem auch Dr. Müller eingeladen war, habe ihn das Bundespräsidialamt darin bestärkt, daran zu erinnern, dass Täter nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind. In dem Zusammenhang erklärte Herfords Bürgermeister: »Auch wenn Toten das Bundesverdienstkreuz nicht aberkannt werden kann, so sollten wir dies heute symbolisch tun und uns damit der Verantwortung für unsere Geschichte stellen. Es darf nicht mehr sein, dass solche Taten ungesühnt bleiben und vergessen werden.« Zugleich dankte er dem Verein »Hilfe für verletzte Seelen« und dem Kuratorium für die Ausrichtung der Gedenkveranstaltung.

Dr. Müller und Helga Kohne vom Kuratorium wollen erwirken, dass der ehemalige Leiter des Gesundheitsamtes posthum unehrenhaft aus dem Beamtenstatus entlassen wird. Ob dies gelingt, müssen nun Juristen klären. Zum Gedenken an die Ermordung kranker und behinderter Menschen im Nationalsozialismus wird eine Ausstellung vorbereitet. Diese soll Ende Oktober unter dem Titel »Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus« im Kreishaus zu sehen sein.